

Pressemitteilung

Berlin, den 21.11.2022

7/2022

Mit starken Kommunen sicher durch schwierige Zeiten

Erfolgreiche Politik beginnt mit der Betrachtung der Wirklichkeit

„Wir erleben seit dem 24. Februar eine Zeitenwende in der Politik und in der Gesellschaft“, sagten der Präsident des Deutschen Städte- und Gemeindebundes, Bürgermeister Ralph Spiegler, und der Hauptgeschäftsführer Dr. Gerd Landsberg, heute anlässlich der Sitzung des Präsidiums des Verbandes in Berlin. Explodierende Energiekosten infolge des Krieges in der Ukraine, Herausforderungen bei der Versorgungssicherheit, Inflation, Klimaschutz und -anpassung stellen den Staat, aber insbesondere die Städte und Gemeinden, vor riesige Herausforderungen.

Spiegler und **Landsberg** forderten mehr Realitätssinn und eine schonungslose Betrachtung der Wirklichkeit durch die Politik. *„Die Grenzen der gesamtstaatlichen Leistungsfähigkeit sind erreicht, wenn nicht sogar bereits überschritten. Zukunftsaufgaben wie Energiewende, Wärmewende und Mobilitätswende, Klimaschutz und Klimaanpassung, die Digitalisierung, die Stärkung der Bildung, der Fachkräftemangel und auch die Schaffung bezahlbaren Wohnraums erfordern eine neue und realistische Einschätzung dessen, was noch leistbar ist“,* so **Spiegler** und **Landsberg**.

Marienstraße 6
12207 Berlin

Telefon 030.773 07.253
Telefax 030.773 07.200

E-Mail: dstgb@dstgb.de
Homepage:
<http://www.dstgb.de>

ViSdP
Geschäftsführendes
Präsidialmitglied
Dr. Gerd Landsberg
Pressesprecher
Alexander Handschuh

„Die Politik muss den Menschen ehrlich kommunizieren, dass vieles was wünschenswert ist, möglicherweise nicht realisierbar sein wird. Es bedarf eines gemeinsamen Verständnisses von Bund, Länder und Kommunen, dass Leistungsversprechen erst dann gemacht werden sollten, wenn deren Umsetzbarkeit und deren Finanzierbarkeit gesichert ist. Genau daran fehlt es derzeit“, betonten **Spiegler** und **Landsberg**. Die Vorhaben in der Koalitionsvereinbarung müssten nach der Zeitenwende nun kritisch überprüft und gegebenenfalls auch korrigiert werden.

Ein Beispiel sei die Ganztagsbetreuung in der Grundschule. *„Der Rechtsanspruch auf Ganztagsbetreuung in der Grundschule ist ein wichtiges Ziel, man muss ihn aber hinterfragen dürfen, wenn es kein Personal gibt und die Finanzierung nicht gesichert ist“*, stellten **Spiegler** und **Landsberg** klar.

Auch in der Flüchtlingspolitik, brauche es mehr Realitätssinn. *„Die Zahl der Flüchtlinge wird wahrscheinlich noch zunehmen, die Unterbringungsmöglichkeiten sind begrenzt. Deswegen brauchen wir schnell einen Masterplan mit einer systematischen Initiative zum Ausbau von Unterkünften durch Bund und Länder. Auch hier gilt der Grundsatz: Unsere Herzen und unsere Anteilnahme sind groß, aber unsere Möglichkeiten sind nicht unbegrenzt.“*

„Wir müssen den Bürgerinnen und Bürgern, aber auch der Wirtschaft, offen kommunizieren, was vom Staat in Zukunft noch prioritär geleistet werden kann und was nachrangig sein muss. Der Staat wird nicht alle Krisenfolgen ausgleichen können“, so **Spiegler** und **Landsberg** abschließend. *„Ohne Eigenvorsorge und Eigenverantwortung aller wird es nicht gelingen, die vor uns liegenden Zukunftsaufgaben zu bewältigen.“*